



Materie	Bund				Land				Kompetenz- grundlage (Art ... B-VG)
	Gesetz- gebung	Gesetzgebung		Voll- ziehung	Gesetz- gebung	Gesetzgebung		Voll- ziehung	
		Grund- satz-	Ausführ- ungs-			Grund- satz-	Ausführ- ungs-		
Bevölkerungspolitik hinsichtlich der Gewährung von Kinderbeihilfen	X			X					10 (1) Z 17
Asyl	X			X					10 (1) Z 3
Wahlen zum Europäischen Parlament	X			X					10 (1) Z 18

(4) / \_\_\_

### 3.

**Geben Sie an, welche Grundrechte in den nachfolgenden Sachverhalten verletzt sein könnten, und führen Sie die entsprechende(n) Norm(en) an!**

Sachverhalt	Grundrecht	Norm
Durch Gesetz wird es Eltern verboten, ihre Töchter in den städtischen Kindergarten zu bringen.	Gleichheitsgrundsatz	Art 2 StGG (oder Art 7 B-VG)
Herbert H wird ein 1,5 m breiter und 10 m langer Streifen seines Grundstücks enteignet, da die angrenzende Landesstraße ausgebaut werden soll.	Eigentumsfreiheit	Art 5 StGG (oder Art 1 1. ZP EMRK)
Die Handelskette „H & L“ wird durch eine gesetzliche Bestimmung gezwungen, am 26. Oktober ihre Geschäfte geschlossen zu halten.	Erwerbsfreiheit	Art 6 StGG
Der Angeklagte Klaus K wird wegen Mordes zum Tode verurteilt.	Recht auf Leben	Art 2 EMRK

(4) / \_\_\_

### 4.

**Das Elektrizitätswirtschafts- und organisationsgesetz 2010 (EIWOG 2010) enthält die folgende Norm:**

**„§ 1. (Verfassungsbestimmung) Die Erlassung, Aufhebung und Vollziehung von Vorschriften, wie sie in § 2, § 3, § 8, § 9, § 11, § 19, § 22 Abs. 1, § 24 bis § 36, § 37 Abs. 7, § 38, § 39, § 48 bis § 65, § 69, § 76, § 78, § 79, § 81 bis § 84, § 88 Abs. 3 bis 8, § 89, § 92 bis § 94, § 99 bis § 103, § 109 Abs. 2, § 110 bis § 112, § 113 Abs. 1 und §§ 114 Abs. 1 und 3 enthalten sind, sind auch in den Belangen Bundessache, hinsichtlich derer das B-VG etwas anderes bestimmt. Die in diesen Vorschriften geregelten Angelegenheiten können unmittelbar von Bundesbehörden versehen werden.“**

1. Handelt es sich dabei um Verfassungsrecht im materiellen Sinn? Begründen Sie Ihre Antwort!

(2) / \_\_\_

*Ja, denn die Norm regelt grundlegende Fragen des Staates (genauer: eine grundlegende Frage der Staatsorganisation: die bundesstaatliche Kompetenzverteilung).*

*Alternativ (nur bei vertretbarer Begründung): Nein – zwar handelt es sich bei der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung prinzipiell um eine grundlegende Frage des Staates, die gegenständliche Regelung berührt jedoch nur einen sehr schmalen Teilbereich bzw regelt nur eine – in der Gesamtbetrachtung – unbedeutende Ausnahme von der allgemeinen Kompetenzverteilung.*

2. Handelt es sich dabei um Verfassungsrecht im formellen Sinn? Begründen Sie Ihre Antwort! (2) / \_\_\_\_  
*Ja. Sie steht im Verfassungsrang, da sie als Verfassungsbestimmung bezeichnet wurde.*
3. Welche Bedingungen sind zur Änderung des österreichischen Bundesverfassungsrechts – im Unterschied zur Änderung einfachgesetzlicher Normen – regelmäßig zu erfüllen? (2) / \_\_\_\_  
*Eine Mehrheit von (mind.) 2/3 der Stimmen im NR bei (mind.) 1/2 von anwesenden Abg... (alternativ: NR: Konsensquorum 2/3; Präsenzquorum 1/2) (1)  
... und die Bezeichnung als Verfassungsgesetz (bzw als Verfassungsbestimmung) (1)*

## 5.

**Zumal bisherige Initiativen auf Gesetzesebene aussichtslos waren, erlässt die oberösterreichische Landesregierung kurzerhand eine Verordnung, die das Rauchen in der Öffentlichkeit generell verbietet und mit Verwaltungsstrafe bedroht („Volksgesundheits-VO“). Nach In-Kraft-Treten der Verordnung wird Hr. Müller von aufsichtsbehördlichen Organen beim öffentlichen Rauchen ertappt; in weiterer Folge wird gegen ihn ein Verwaltungsstrafbescheid erlassen.**

1. Was sind die Charakteristika eines Rechtsstaats? (4) / \_\_\_\_  
*Verfassungsbindung (bzw Verfassungsstaat); Gesetzesbindung (bzw Gesetzesstaat); Rechtsschutz (bzw Rechtsschutzstaat); die Existenz von Grundrechten (bzw Achtung des liberalen Prinzips)*
2. Welche Verpflichtungen ergeben sich aus dem Legalitätsprinzip für Gesetzgebung und Verwaltung? (4) / \_\_\_\_  
*Verwaltung: Jedes Handeln bedarf einer gesetzlichen Grundlage (2)  
Alternativ: Art 18 B-VG zitieren: „... auf Grund der Gesetze...“.  
Unzureichend (halbe Punktzahl) wäre der Satz: „Handeln außerhalb der Gesetze ist unzulässig“: Das Gesetz ist nicht bloß Schranke, sondern notwendige Grundlage des (hoheitlichen) Verwaltungshandelns  
Gesetzgebung: Gesetze müssen ausreichend determiniert (bzw vorherbestimmt) sein (2)  
Alternativ: Achtung des Determinierungsgebots oder: Vermeidung einer formalgesetzlichen Delegation*
3. Hr. Müller ist der Auffassung, dass sowohl die Verordnung als auch der Bescheid gesetzlos ergangen sind und fehlerhafte Rechtsakte darstellen. Weshalb kann er den Verwaltungsstrafbescheid trotzdem nicht einfach ignorieren? (2) / \_\_\_\_  
*Wegen dem Fehlerkalkül der Rechtsordnung  
Alternativ: „Weil rechtswidrige Akte idR nicht absolut nichtig sind“ oder: „Weil fehlerhafte Akte zunächst gelten, bis sie im Rahmen des rechtsstaatlichen Kontrollsystems aufgehoben werden“*

6.

**Der Nationalrat beschließt die Abhaltung einer Volksbefragung über die Verpflichtung männlicher Staatsbürger, im Rahmen ihrer Wehrpflicht (Art 9 Abs 3 B-VG) einen Grundwehrdienst zu leisten (§ 20 Wehrgesetz).**

1. Was ist bei der Formulierung der Fragestellung zu beachten? Nennen Sie die entsprechende verfassungsgesetzliche Grundlage! (2) / \_\_\_\_  
*Die Frage muss mit Ja oder Nein zu beantworten sein oder zwei alternative Lösungsvorschläge beinhalten (Art 49 b Abs 2 B-VG).*
2. Ist der Nationalrat an das Ergebnis der Volksbefragung gebunden? (1) / \_\_\_\_  
*Nein.*
3. Worüber wird – im Unterschied zur Volksbefragung – bei einer Volksabstimmung abgestimmt? (1) / \_\_\_\_  
*über einen Gesetzesbeschluss des NR*
4. Unter welchen Voraussetzungen ist über die Abänderung eines einfachen Gesetzes eine Volksabstimmung durchzuführen? Nennen Sie die entsprechende verfassungsgesetzliche Grundlage! (2) / \_\_\_\_  
*Auf Grund eines Beschlusses des Nationalrats (alternativ: eines Verlangens durch die Mehrheit seiner Mitglieder); Art 43 B-VG*

7.

**Vor der Bundespräsidentenwahl im April 2010 wurde in der Öffentlichkeit über eine Verlängerung der Amtsperiode des Bundespräsidenten diskutiert. Beantworten Sie dazu folgende Fragen:**

1. Was kennzeichnet Österreich als Republik? (3) / \_\_\_\_  
*Der Bundespräsident wird direkt vom Bundesvolk gewählt (1); hat eine zeitlich begrenzte Amtsperiode (1) und ist rechtlich und politisch verantwortlich (1).*
2. Welches Organ kann den Bundespräsidenten wegen schuldhafter Verletzung der Bundesverfassung anklagen (rechtliche Verantwortlichkeit)? Wie setzt sich dieses Organ zusammen? (2) / \_\_\_\_  
*Bundesversammlung; sie setzt sich aus den Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesrat zusammen.*
3. Wem gegenüber ist der Bundespräsident politisch verantwortlich? (1) / \_\_\_\_  
*Dem Bundesvolk*
4. Welches Grundprinzip wäre bei einer Verlängerung der Amtsperiode des Bundespräsidenten vorrangig betroffen? (1) / \_\_\_\_  
*Das Republikanische Grundprinzip*

8.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2011

Ausgegeben am 9. März 2011

Teil III

---

39. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit beim Bau und Betrieb der Erdgas-Pipeline auf dem Hoheitsgebiet der Republik Österreich  
(NR: GP XXIV RV 928 AB 998 S. 86. BR: AB 8422 S. 791.)

---

39.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

[...]

**Sie sehen hier einen Auszug aus einem Bundesgesetzblatt. Beantworten Sie dazu folgende Fragen:**

1. Welche völkerrechtliche Rechtsquelle liegt dieser Kundmachung zu Grunde? (1) / \_\_\_\_  
*Völkerrechtlicher Vertrag. (1 Zusatzpunkt: Bilateral)*
2. Welche anderen Völkerrechtsquellen kennen Sie noch? (3) / \_\_\_\_  
*Völkergewohnheitsrecht, allgemeine Rechtsgrundsätze und Beschlüsse internationaler Organisationen.*
3. Um welche Art der Transformation handelt es sich im konkreten Fall? (1) / \_\_\_\_  
*Generelle Transformation.*  
*(Alternativ: Adaption)*
4. Welchen Rang im Stufenbau der Rechtsordnung nimmt dieses Abkommen ein? (1) / \_\_\_\_  
*Den Rang eines (einfachen) Bundesgesetzes.*

9.

**Am 11. März 2011 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union die Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative kundgemacht. Diese Verordnung legt die Verfahren und Bedingungen für eine Bürgerinitiative gemäß Artikel 11 EUV und Artikel 24 AEUV fest.**

1. Welche drei Unionsorgane sind maßgeblich an der Erlassung von Gesetzgebungsakten der Union beteiligt? (1,5) / \_\_\_\_  
*Kommission, Rat und Europäisches Parlament.*
2. Was sind die wesentlichen Kennzeichen einer (EU-)Verordnung? (1,5) / \_\_\_\_

*Sie ist generell-abstrakt, in allen Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten.*

3. Welches Organ könnte die oben angeführte (EU-)Verordnung auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen? Nennen Sie die entsprechende unionsrechtliche Grundlage der Klage (des Rechtsmittels)! (2) / \_\_\_\_

*Der EuGH (1) gemäß Art 263 f AEUV (1).*

*1 Zusatzpunkt: Weiters sind die Organe, die die Verordnung erlassen haben, zur Abänderung oder Aufhebung berechtigt (Rat der EU und Europäisches Parlament).*